

V o r l a g e Nr. L 11/17  
für die Sitzung der Deputation für Bildung am 15. November 2007

**Einrichtung eines Fachausschusses zur Schulentwicklung im Lande Bremen**

A. Problem

Die Regierungserklärung des Bremer Senats vom 10.07.2007 zur 17. Legislaturperiode kündigt an, dass im Frühjahr 2008 ein „Schulentwicklungsplan“ vorgelegt wird. In dieser Planung sollen Entwicklungsaufträge zusammengeführt werden, die bildungs- und schulpolitisch Reaktionen auf die bremischen Ergebnisse internationaler Vergleichsuntersuchungen, insbesondere der PISA-Studien, darstellen und mit denen vorrangig die kritische Kopplung von Sozial- und Migrationsstatus und Bildungserfolg verringert werden soll.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) bittet mit Beschluss vom 17.10.2007 (Drs.17/100) die Deputation für Bildung um die Einrichtung eines Fachausschusses „Schulentwicklung“, dessen Aufgabe es sein soll,

*„..., eine Bestandsaufnahme des Bremischen Schulsystems vorzunehmen und Vorschläge zu entwickeln und zu beraten, wie die Qualität und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schulen und des Schulsystems insgesamt weiter verbessert werden können.“*

Der Antrag ist als Anlage 1 beigefügt.

B. Verfahren

Die Deputation für Bildung richtet auf ihrer Sitzung am 15.11.2007 den erbetenen Fachausschuss mit der Benennung der Mitglieder ein.

Für die Arbeit des Fachausschusses gelten - wie in Drucksache 17/100 benannt -:

- der oben zitierte Auftrag,
- die Zielsetzungen der Arbeit des Ausschusses besonders in den folgenden Aspekten und ihren Detaillierungen durch den Bürgerschaftsbeschluss:
  - : Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg,
  - : Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht,
  - : Weiterentwicklung des bremischen Schulsystems,
  - : stadtteilbezogene Kooperation der für Kinder und Jugendliche und ihre Familien arbeitenden Einrichtungen.
- Zur Unterstützung der Arbeit des Fachausschusses werden externe Expertinnen und Experten gewonnen, die in Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern benannt werden.  
Weitere Expertinnen und Experten sollen für öffentliche Diskussionen und Vorträge zu inhaltlichen Schwerpunktbereichen gewonnen werden.  
Eine Vorschlagsliste der Senatorin für Bildung und Wissenschaft für die beiden Exper-

tengruppen ist in Anlage 2 beigefügt.

- Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft wird im Sommer 2008 auf der Basis der Ergebnisse und Empfehlungen des Ausschusses Vorschläge zur Umsetzung unter Einbeziehung aller Schulformen entsprechend dem Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vorlegen.

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft richtet in der Schulverwaltung eine Projektgruppe ein, die der Unterstützung der Arbeit des Fachausschusses dient wie auch der Umsetzung politisch abgestimmter Schritte und Maßnahmen zur Schulentwicklung. Die Arbeit der Projektgruppe wird ebenfalls durch die genannte Gruppe von Expertinnen und Experten inhaltlich unterstützt.

Vorschläge bzw. Planungen, die konkrete Schulstandorte und Regionen der Stadtgemeinde Bremen betreffen, werden mit den Ortsbeiräten erörtert.

Die Beachtung der kommunalen Aspekte und die Entwicklung gemeinsamer landesbezogener Auffassungen wird durch die kontinuierliche Einbeziehung des Magistrats der Stadt Bremerhaven in den Fachausschuss sichergestellt.

### C. Beteiligungen

Die Arbeit an der Schulentwicklung im Lande Bremen soll ein transparenter und von breitem Konsens getragener Prozess sein. Daher ist - wie im Bürgerschaftsbeschluss für den Fachausschuss vorgesehen - für den Prozess der Erstellung eines Schulentwicklungsplans die Einbeziehung der Eltern- und Schülervvertretungen, sowie der Berufsverbände der Lehrkräfte (DGB und DBB) vorgesehen. Über die Teilnahme weiterer Gäste entscheidet der Fachausschuss nach der Konstituierung.

### D. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Bildung stimmt der Einrichtung eines Fachausschusses „Schulentwicklung im Lande Bremen“ und dem beschriebenen Verfahren zu.

In Vertretung

Carl Othmer  
Staatsrat